

**Niederschrift über die  
Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 15.03.2021**

Ort: im Bürgerzentrum Waiblingen, An der Talaue 4 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Mitglieder des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses:	Kreisräte/innen	
	Holzwarth, Mößner, Sczuka, Dr. Ulfert	(CDU)
	Hesky, Jasper, Scharmann	(Freie Wähler)
	Besa, Häffner (bis 17:45 Uhr), Härtner (bis 18:37 Uhr), Ko- watsch	(GRÜNE)
	Hestler, Kelemen, Klopfer (bis 18:37 Uhr), Faure	(SPD)
	Lenk, Oettinger	(FDP-FW)
	Throm, Lindenschmid	(AFD)
	Dr. Borkowski	(DIE LINKE/ÖDP)
	Kölz	(Wilhelm/Klinghoffer))
Stv. Ausschussmitglieder:	Dr. Pollern	(CDU)
	Ahrens, Bühler	(Freie Wähler)
Entschuldigt:	Wersch	(CDU)
	Friedrich, Häuser	(Freie Wähler)
Ferner:	Finanzdezernent Schäfer	
	Sozialdezernentin Böhm	
	Herr Wahl, Amtsleiter Schulen, Bildung und Kultur	(Top 6)
	Herr Prof. Dr. Wörner, Hochschule Esslingen	(Top 3.2)
	Frau Langenbacher, Hochschule Esslingen	(Top 3.2)

Herr Scheerer, Fa. THOST Pro- (Top 4 und 5)  
jektmanagement

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:57 Uhr

**§ 1**Wahl des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und KulturausschussesDrucksache 2021/076

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Herr Kreisrat Armin Mößner wird zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses als Nachfolger von Herrn Kreisrat Reinhold Sczuka gewählt.

Auszüge:

Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 2**Sachstandsbericht CoronakriseDrucksache 2021/069

Landrat Dr. Sigel berichtet über die aktuelle Lage im Kreis. Er führt aus, momentan liege man als einer der wenigen Landkreise noch unter einem Inzidenzwert von 50. Wichtig sei, dass langfristig eine entsprechende Infrastruktur mit dezentraler Kontaktnachverfolgung mit den Städten und Gemeinden weiter etabliert werde. Auch die Teststrategie erfolge dezentral mit inzwischen 107 Testzentren, wo ein kostenloser Test pro Woche für die Kreiseinwohnerinnen und -einwohner durchgeführt werden könne. Die Termine könnten über eine zentrale Plattform online gebucht werden und auch die Ergebnisse würden den Getesteten elektronisch übermittelt. Zusätzlich sei im Rems-Murr-Kreis ein Impf-Truck unterwegs.

Was die Finanzen betreffe, sei für 2020 ein verbessertes Jahresergebnis zu erwarten und auch für 2021 gebe es derzeit keine Anhaltspunkte, dass es zu massiven Verschlechterungen kommen werde. Dies liege auch daran, dass die Kliniken ebenfalls sehr gut durch die Pandemie kämen. Hier würden auch die Investitionen in die Infrastruktur, wie die separate Infektionsstation, zum Tragen kommen. Zudem hätten die Rettungsschirme von Bund und Land optimal genutzt werden können, weil viele Bausteine der Medizinkonzeption schon gegriffen hätten. So konnten beispielsweise alle Leistungen abgerechnet werden, weil in den letzten Jahren massiv in die Notfallversorgung investiert wurde. Im Bereich des ÖPNV hätte er sich mehr Unterstützung vom Land gewünscht und hoffe hier auf die neue Landesregierung. Der Antrag der CDU-Fraktion zur Verwendung der Mittel im öffentlichen Gesundheitsdienst sei in der Sitzungsvorlage beantwortet worden. Herr Dr. Sigel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Städte und Gemeinden an finanziellen Erstattungen beteiligt würden, da die gemeinsame Krisenbewältigung einen fairen Umgang voraussetze.

Zwei Punkte seien noch mit Unsicherheiten verbunden. Eine Ausweitung der Impfkampagne könnte zusätzliche Ausgaben für den Landkreis bedeuten und auch bei Fragen rund um Corona-Schnelltests gebe es immer wieder offene Punkte, z.B. im Bereich der Schulen und der Kosten. Insbesondere könnten auch Kosten durch eine Ausweitung, zum Beispiel im Bereich der Gastronomie, entstehen.

Kreisrat Mößner spricht Landrat Dr. Sigel und allen mit dem Krisenmanagement Betrauten seinen Dank aus. Wichtig sei, dass nun auch bald in den Arztpraxen geimpft werden könne. Hinsichtlich der finanziellen Entwicklung gelte es weiter auf Sicht zu fahren. Bei der Kontaktnachverfolgung habe man gemeinsam mit den Kommunen, eine gute Lösung entwickelt. Er bitte deren Anstrengungen entsprechend zu beachten, insbesondere auch bei den Diskussionen um die Kreisumlage.

Kreisrat Hesky schließt sich dem Dank an und betont, die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis sowie den Städten und Gemeinden habe sich durch die Krise verbessert. Es wäre erfreulich, wenn das gute Miteinander auch in anderen Bereichen fortgesetzt werden könnte.

Kreisrätin Besa begrüßt ebenfalls das vorausschauende Handeln von Landrat Dr. Sigel. Ihr Dank gelte aber auch den Mitarbeitenden beim Kreis und den Kommunen. Erfreulich sei auch, dass das Land die Bemühungen honoriere und Erstattungen vornehme. Auch der ÖPNV-Rettungsschirm sei bereits zugesagt. Ein weiterer Erfolg sei die Aufnahme ins Landeskrankenhausbauprogramm zur weiteren Umsetzung der bei Medizinkonzeption.

Kreisrat Lenk bestätigt die bisherigen Redebeiträge. Gegenüber dem Land nehme er eine kritische Haltung ein, da zwar eine Refinanzierung erfolge, beim Krisenmanagement aber noch Spielräume vorhanden seien. Er hoffe, dass sich die Bemühungen des Kreises auch dauerhaft bei den Inzidenzzahlen niederschlagen würden.

Landrat Dr. Sigel betont, man wolle vor allem in die Infrastruktur investieren, um durch die Krise zu kommen. An einer Fortführung der Zusammenarbeit in der kommunalen Familie und den anderen Beteiligten wie der Ärzteschaft, um in der Fläche impfen zu können, sei auch er interessiert. Er weist darauf hin, dass hohe sechsstelligen Beträge an die Kommunen weitergegeben würden. Herr Dr. Sigel antwortet auf Frage von Kreisrat Dr. von Pollern nach einem zweiten Kreisimpfzentrum, die Entscheidung dagegen sei bereits zum Jahreswechsel gefallen, weshalb versucht werden müsse, möglichst viele dezentrale Impfungen vorzunehmen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag  
Ziffer 2:

2. Für die Einrichtung und den Betrieb einer mobilen Impfeinheit (Impftruck) wird für vor Ort  
Impfungen in allen Städten und Gemeinden des Landkreises ein Budget von bis zu  
50.000 Euro bewilligt.

Auszüge:  
Dezernat 2

**§ 3**Zukunftsfähigkeit der Standorte der Kreisverwaltung**§ 3.1**Vorstellung Immobilienstrategie der Kreisverwaltung außerhalb WaiblingenDrucksache 2021/071

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die wesentlichen Ergebnisse der Drucksache 2021/71 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Mößner begrüßt die angestellten Überlegungen, die auf einen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2018 zurückgehen. Grundsätzlich könne das Standortkonzept mitgetragen und die Standorte zu konzentrieren. Dies sei ein großer Kostenpunkt der vom Kreistag beeinflusst werden könne. In Schorndorf stelle sich die Frage nach der Stellplatzsituation. In Backnang könnte eine noch stärkere Zentralisierung auf die Erbstetter Straße erfolgen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, die Erreichbarkeit in Schorndorf funktioniere sehr gut und es gebe ausreichend Parkmöglichkeiten im Umfeld. Für die Mitarbeitenden erfolge eine restriktive Parkraumbewirtschaftung. In Backnang würden die Räumlichkeiten des Gesundheitszentrums der Kreisbaugruppe mit genutzt.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt die Vorstellung der Immobilienstrategie der Kreisverwaltung außerhalb von Waiblingen zur Kenntnis.

**§ 3.2**Vorstellung der CO<sub>2</sub>- und Energiebilanzierung des Rems-Murr-KreisesDrucksache 2021/002

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und führt einleitend aus, ihm sei wichtig gewesen, die einzelnen Maßnahmen und deren Wirkung zu konkretisieren. Um dies fachlich fundiert aufzuarbeiten, sei das Institut für nachhaltige Energietechnik der Hochschule Esslingen beauftragt worden. Es sei jedes Gebäudes standortscharf evaluiert worden. Dabei solle ermittelt werden, wie die Klima- und CO<sub>2</sub>-Bilanz des Landkreises sei. Im zweiten Schritt seien auch die Auswirkungen in allen Bereichen zu betrachten, bei denen der Kreis Spuren hinterlasse z.B. bei der Abfallwirtschaft, dem ÖPNV, in der Bildungsarbeit, bei der Waldbewirtschaftung oder der Gebäudebewirtschaftung. Insgesamt sei man im Blick auf den „Kern-Kreiskonzern“ schon gut aufgestellt. Dies diene auch dazu zu erfahren wo in Zukunft Schwerpunkte gesetzt und Investitionen getätigt werden müssten.

Herr Prof. Dr. Wörner, Hochschule Esslingen, erläutert die CO<sub>2</sub>- und Energiebilanz sowie die Erstellung eines Maßnahmenplans anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist. Finanzdezernent Schäfer erläutert die Folie „Beispiele für Klimaschutzmaßnahmen des Kreises“

Kreisrat Härtner betont, der Klimaschutz sei die wichtigste Aufgabe die nach der Pandemie und für die nächste Generation anstehe, um eine unumkehrbare Entwicklung zu verhindern. Insgesamt sei man auf einem gutem weg. Er bitte nochmals um Erläuterung des Verhältnisses Photovoltaik und Verdrängungsmixstrom sowie der Herkunft der Energie im Winter.

Kreisrat Dr. Borkowski erklärt, man erkennen die Erfolge und Bemühungen an. Dies dürfe aber nicht zum Vorwand werden, um die großen Probleme nicht anzugehen. So würden die Kreisliegenschaften nicht viel zur CO<sub>2</sub>-Belastung im Kreis beitragen, aber andere Aufgaben wie der ÖPNV müsse anders organisiert werden, um die Klimaziele zu erreichen.



Kreisrat Mößner merkt an, der Vortrag habe gezeigt, wie die Klimaneutralität des Kreises bis 2030 konkret werde und es seien auch sinnvolle Maßnahmen genannt worden. Es müsse dabei auch darauf geachtet werden, dass sich Ökologie und Ökonomie ergänzen. Für die Photovoltaik auf Kreisliegenschaften sei seine Fraktion aufgeschlossen und dies lasse sich auch wirtschaftlich darstellen. Beim ÖPNV seien in den letzten Jahren auch gute Fortschritte erzielt worden und dies müsse bei anstehenden Ausschreibungen fortgesetzt sowie weitere Vorgaben definiert werden.

Kreisrat Hesky erklärt, der Kreis sei nicht nur auf einem guten Weg, sondern der Weg gehe mit konsequenter und beispielhafter Zielstrebigkeit. Die Städte und Gemeinden müssten dem aber folgen können. Deutlich geworden sei auch, dass die Klimaziele bei angemieteten Objekten nicht erreicht werden könnten was bedeute, dass man selbst bauen müsste. Insofern sei dies auch ein Signal an die Vermieter für die laufende Unterhaltung ihrer Gebäude. Im Hinblick auf den ÖPNV habe der Kreis und die Kommunen schon viel erreicht. Mit den Planungen für die Wasserstoff-Produktion sei man hier auf einem guten Weg, auch wenn sich dies insgesamt finanziell niederschlagen werde.

Landrat Dr. Sigel betont, er sei eher zurückhaltend, da die CO<sub>2</sub>-Bilanz sehr komplex und weitreichend sei, was letztendlich auch einen hohen finanziellen Aufwand erfordere. Es habe aber auch Auswirkungen, wenn man nichts unternehme. Zunächst sei es ihm darum gegangen, die eigenen Liegenschaften und Maßnahmen bzw. weitere Schritte zu untersuchen, bevor Empfehlungen an Dritte gegeben würden. Beim ÖPNV sei die Bereitschaft bereits vorhanden, was sich zum Beispiel an der Tarifzonenreform zeige. Vieles, wie das Radwegeprogramm oder weitere Entlastungen bei den Schülertickets, sei aber nur indirekt messbar.

Herr Professor Dr. Wörner antwortet ergänzend, bei der CO<sub>2</sub>-Einsparung gehe es darum, dass die Einspeisung von Kohle eliminiert werde. Die Einsparung beim Strommix liege tiefer, trage aber ebenfalls zum Klimaziel bei. Bei der saisonalen Betrachtung, würden die Energieströme akkumuliert. Grundsätzlich sei hier aber zu beachten, dass wenn bis 2050 95 % CO<sub>2</sub>-Neutralität erreicht werden sollen, würden zwingend Zwischenspeicher benötigt. Deshalb sei auch die Wasserstoff-Nutzung angedacht. Die Vorbildfunktion und die Konsequenzen aus den Mietobjekten seien offensichtlich, da ab 2025 eine EU-Regularie in Kraft treten werde, bei der die CO<sub>2</sub>-Belastung aller Produkte berechnet werden. Hierzu würden auch Einflüsse aus Gebäudeemissionen zählen. Deswe-

gen würden Gebäude auch an Wert verlieren, wenn sie im momentanen Zustand belassen würden bzw. daher gebe es auch Anreizsysteme. In der Vorbildfunktion sei es wichtig, hier ein Signal zu setzen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt die Vorstellung der CO<sub>2</sub>- und Energiebilanzierung des Rems-Murr-Kreises zur Kenntnis.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Amt für Umweltschutz

**§ 4**Realisierung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in Waiblingen**§ 4.1**Einbringung des Grundsatzbeschlusses zur Realisierung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in WaiblingenDrucksache 2021/001

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache. Er erinnert daran, dass die Thematik im Dezember 2020 zurückgestellt worden sei, um den Grundsatzbeschluss nochmals vertieft vorbereiten zu können. Dabei müsse beachtet werden, dass als ein wichtiges Ziel bereits erreicht worden sei, dass kein Verwaltungsgebäude, sondern über 200 Wohnungen auf dem ehemaligen Klinikareal in Waiblingen gebaut würden. Das weitere Ziel, die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen, sei auch wegen der um 11 Mio. Euro gestiegenen Mehrkosten vertagt worden. Man habe aber inzwischen ein gut erarbeitetes Projekt mit Gründen und Argumenten für die Investition, die trotzdem überwiegen wie Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit, Digitalisierung und modernen Arbeitsplätzen. Er halte dieses auch nach der Corona-Pandemie für zukunftsfähig.

Herr Dr. Sigel erläutert die Folien 1 bis 4 der zugehörigen Präsentation. Er weist darauf hin, dass kürzlich auch eine Umfrage des Personalrats zum Thema Homeoffice durchgeführt worden. Diese habe ergeben, dass bestimmte Aufgaben weiterhin im Büro erledigt werden müssten. Außerdem bitte er zu beachten, dass es in der öffentlichen Verwaltung eine hohe Teilzeitquote gebe, was bei den Planungen bereits berücksichtigt worden sei und es gebe auch keine Einzelbüros mehr.

Herr Scheerer, Firma Thost Projektmanagement, erläutert die aktuelle Kostenentwicklung ab Folie 5.

Kreisrat Mößner erklärt, grundsätzlich sei es richtig, eigene Werte zu schaffen. Dies dürfe aber nicht um jeden Preis erfolgen, zumal im Jahr 2016, die Investitionskosten mit 27 Mio. Euro angegeben

wurden. Inzwischen liege der Betrag doppelt so hoch. Daher müsse überlegt werden, was sich der Kreis leisten könne. Deshalb sei maximale Transparenz bei den Gründen für die Mehrkosten erforderlich. Hier sei man auf einem guten Weg. Er bedanke sich auch für Aufstellung zu möglichen Kostenreduzierungen, was noch fraktionsintern beraten werde. Insgesamt sei der Neubau noch wirtschaftlich gegenüber dem Abbruch des Projekts mit deutlich höheren Kosten. Er bitte um Auskunft, ob es bereits bekannt Risikofaktoren gebe, und in welcher Höhe die jährlichen Baupreissteigerungen eingerechnet worden seien, die inzwischen bei 5 – 6 % pro Jahr liegen.

Kreisrat Hestler begrüßt die heutige Diskussion um hinterfragen zu können, ob man noch auf dem richtigen Weg sei. Er hätte sich in der heutigen Sitzung nicht zu Wort gemeldet, wenn Landrat Dr. Sigel erklärt hätte, er wolle moderne Büros und ein Modellprojekt für nachhaltiges Bauen bei doppelt so hohen Baukosten seit der ersten Beschlussfassung. Außerdem hätten zusätzliche Belastungen für den Kreishaushalt aufgrund der Corona-Pandemie und der sinkende Bedarf an Büroflächen mit der Folge niedrigerer Mieten erwähnt werden müssen. Er wolle deswegen mehr Transparenz in den Vergleich der Wirtschaftlichkeit für die Variante NAP10 gegenüber der Variante Null bringen. Die vorgelegten Baukosten mit 53,8 Mio. Euro würden gegenüber den in der Sitzung am 14.05.2018 genannten Zahlen mit 24,9 Mio. Euro annähernd eine Verdoppelung bedeuten. Insofern bitte er um eine Beurteilung der damaligen Zahlen von Drees und Sommer.

Bei den Lebenszykluskosten über 50 Jahre würden 51,8 Mio. Euro angegeben. Hier werde in der Regel ein Baukostenanteil von 10 bis 15 % angenommen, sodass man bei dieser Laufzeit auf 288 Mio. Euro an Betriebskosten komme, auch wenn dies durch nachhaltige Bauweise gesenkt werden könne. Von den Lebenszykluskosten würden 49,3 Mio. Euro als Instandhaltungskosten angenommen. Wenn man hier die Abschreibungen und Versorgungskosten dazurechnen würde, würden diese bei 130 bis 150 Mio. Euro liegen. Im Jahr 2018 seien jährliche Mietkosten in Höhe von 1,1 Mio. Euro ohne das Projekt Rötestraße genannt worden und nun würden 94,5 Mio. Euro angegeben. Berücksichtigt werden müsse auch, dass eine Büroflächenreduzierung durch Homeoffice, Desk-Sharing und Online-Angebote der Verwaltung anstehe. Hier werde nach Corona durchschnittlich 15 % weniger Bedarf angenommen. Die Allianz-Versicherung habe ihre Standortzusammenlegung von 4.500 auf 2.000 Arbeitsplätze reduziert. würden. Auch im Bankensektor werde ähnlich gerechnet. Nach seinen Berechnungen würden sich daher nur noch Mietkosten in Höhe von 46,8

Mio. Euro ergeben. Zusammengefasst habe er Sorge, dass Steuergelder nicht sinnvoll ausgegeben und die Mittel an anderer Stelle, wie z.B. für die Wasserstoff-Lernwerkstatt, die auch zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beitrage, fehlen würden.

Landrat Dr. Sigel bittet Kreisrat Hestler darum, seine Berechnungen nochmals vorzulegen, damit die Verwaltung hierzu detailliert Stellung nehmen könne. Er betont, dass neben der Wirtschaftlichkeit, auch verschiedene andere Argumente, die für das Projekt sprechen würden, vorgelegt worden seien. Diese seien gemeinsam in den Gremien und mit der Stadt Waiblingen sowie im Rahmen eines Planungswettbewerbs. Er bitte zu beachten, dass auch bei einem Mietobjekt Betriebskosten anfallen und durch den Neubau in der Rötestraße Mietzahlungen entfallen würden. Herr Dr. Sigel erwidert zur geäußerten Auffassung hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs, dass eine öffentliche Verwaltung nicht mit einem Versicherungsunternehmen vergleichbar sei. Es werde weiter auch Homeoffice ermöglicht, es gebe jedoch Bereiche, wie zum Beispiel Jugend und Soziales, wo persönliche Kontakte vor Ort weiter notwendig seien. Man müsse auf die Verwendung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel achten, er halte es aber auch für wichtig, in die Infrastruktur zu investieren und zeitgemäße Verwaltungsstrukturen zu schaffen.

Finanzdezernent Schäfer antwortet ergänzend, er bitte zu beachten, dass bei den Berechnungen aus dem Jahr 2018 noch von anderen Grundlagen ausgegangen worden sei. Die Baupreisindizes 2018 seien mit 3,5 % angenommen worden. Auf dieser Basis würden die Miete noch höher liegen und es wäre eine noch bessere Wirtschaftlichkeit gegeben. Aber auch mit einer konservativen Berechnung und 2 % Baupreissteigerung sei diese gegeben. Bezüglich der Reduktion des Raumbedarfs sei die Planung nicht durch Corona überholt, sondern die hohe Teilzeitquote müsse einkalkuliert werden und die Gebäude seien bereits jetzt zu 100 % ausgelastet. Eine Beendigung der aktuellen Mietverhältnisse und die Unterbringung nur in Bestandsgebäuden sei daher, trotz Homeoffice und Desk-Sharing, nicht möglich. Beim Erweiterungsbau am Alten Postplatz, seien die aktuellen Baupreisindizes bis zur Fertigstellung 2025 angesetzt worden.

Kreisrat Härtner merkt an, für funktionierende Teams müssten auch Möglichkeiten geschaffen werden, sich nicht nur digital zu treffen. Er bitte um Auskunft, in welcher Form die CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit eingerechnet worden sei, da diese steigen werde, was sich auch bei Anmietungen auswirken wür-

de. Des Weiteren äußert er die Bitte, das Konzept der Lüftungsanlage sowie der Wärmepumpe und alternativer Energiequellen zu erläutern. Insgesamt sei jedoch eine transparente Darstellung erfolgt.

Kreisrat Scharmann gibt zu bedenken, dass sich die Zahlen im Laufe eines Projekts verändern, wenn Ansprüche konkretisiert würden. Aus seiner Sicht sei dies nicht außergewöhnlich und die meisten Fragen seien abgearbeitet. Er wolle zum künftigen Lüftungskonzept außerdem wissen, ob es keine Möglichkeit mehr gebe, manuell zu lüften.

Kreisrat Throm erklärt, auf den Kostenanstieg um 100 % gegenüber dem Konzept von 2016 sei bereits hingewiesen worden. Mögliche Einsparungen dürften kaum ins Gewicht fallen, zumal diese durch anstehende Kostensteigerungen bald kompensiert würden. Es stelle sich die Frage, ob die Zusatzkosten für die Lüftung oder den problematischen Baugrund bei professioneller Planung nicht früher absehbar gewesen seien. Wenn weitere Kostensteigerungen hinzukämen, sei nicht einmal mehr die Rentabilität bis zum Jahr 2075 gegeben, zumal die Verwaltungsstrukturen bis zum diesem Zeitpunkt unbekannt seien. Nach Auskunft von Fachleuten, könne ein Bauprojekt dieser Größe für einen Betrag von 35 Mio. Euro realisiert werden. Der Standort Alter Postplatz biete zwar viele Vorteile weshalb höhere Kosten auch vertretbar seien, wenn diese aber bis zu eineinhalb Mal so hoch liegen würden, müsse hinterfragt werden, ob ein privater Bauherr dies umsetzen würde. Ihn interessiere, ob die Verwaltung bereit sei, alle Entscheidungen über den Erweiterungsbau auf den Prüfstand zu stellen, was auch den Standort einschließe, wofür sich seine Fraktion ausspreche. Außerdem sei man nicht unter Zeitdruck, zumal die Auslastung der Bauwirtschaft sinke, was auch zum Druck auf die Preise führe. Im Übrigen werde aus der Immobilienkonzeption, das Projekt Rötestraße und der Sitzungstrakt realisiert.

Kreisrat Lenk begrüßt, dass den Fraktionen nochmals Zeit für eine ausführliche, interne Diskussion und eine nochmalige Behandlung in der Sitzung am 21.06.2021 eingeräumt worden sei, damit eine Entscheidung vor der Sommerpause getroffen werden könne. Erfreulich sei auch, dass eine offene und transparente Beratung der Thematik in einer öffentlichen Sitzung erfolge. Inhaltlich gehe es um das Vertrauen in die Verwaltungsspitze eine Lösung zu finden, die tragfähig und sinnvoll sowie wirtschaftlich und nachhaltig sei. Die Kreisverwaltung könne auch nicht mit Versicherungen und Banken verglichen werden, da man nahe an den Menschen tätig sei. Wichtig sei zudem, dass das Gebäude in zentraler Lage in Waiblingen gebaut werde. Wenn das Projekt realisiert werde, dann dürf-

ten jetzt nicht vermeintliche Einsparungen gemacht werden, die später doch anfallen. Durch die Baumaßnahme dürfe natürlich die Erfüllung anderer Aufgaben nicht unmöglich gemacht werden, die Umsetzung solle nun aber erfolgen und evtl. Streckungen seien gegebenenfalls bei den Sanierungen der anderen Gebäudeteile möglich.

Kreisrat Kölz spricht sich aufgrund seiner beruflichen Erfahrung für das Projekt aus und erklärt sein Vertrauen gegenüber der Verwaltungsspitze.

Kreisrat Hesky erklärt mit Blick auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung, es zeige sich, dass die Punkte aufeinander aufbauen würden und zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung Geld in die Hand genommen werden müsse. Er halte es für richtig, dass keine wesentlichen Bestandteile aus Kostengründen ausgelassen würden. Man wolle nicht alles um jeden Preis, aber man habe sich gegenüber den Beschäftigten auch verpflichtet, ordentliche Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Vermeidung sei zuvor ausgeführt worden, dass die Schaffung von Eigentum zu bevorzugen sei und die Pandemie habe auch eine Transformation in der Wirtschaft geführt, die eher zu steigenden Mieten in der Region führen werde. Die angeführten Mehrkosten könnten begründet werden und seien transparent dargelegt. Zudem könnten Einsparmöglichkeiten noch diskutiert werden.

Landrat Dr. Sigel nimmt weiter Stellung und legt dar, es seien alle Kriterien inklusive der Standortfrage auf den Prüfstand gestellt worden. Die Sanierung der Tiefgarage mit Kosten in Höhe von 6 Mio. Euro müsse auf jeden Fall erfolgen. Er betont, dass es auch der Landkreisverwaltung wichtig sei, die übrigen Aufgaben zu erfüllen. Es könnten zwar auch mögliche Räumlichkeiten angemietet werden, in der momentanen Phase mit Negativ-Zinsen sei es für die öffentliche Hand sinnvoll, Werte zu schaffen.

Herr Scheerer, Firma Thost, antwortet ergänzend, eine dezentrale Lüftung hätte an verschiedenen Außenbereichen, auch im Straßenverlauf, angesaugt. Bei einer zentralen Lüftung erfolge dies im rückwärtigen Bereich und diese verfüge auch über Filterstufen sowie Wärmepumpen, was eine energieeffiziente Nutzung ermögliche. Andere Möglichkeiten, wie der Einsatz von Erdsonden und eine Brunnenanlage mit Wärmerückgewinnung würden derzeit untersucht. Für Baupreissteigerungen seien rd. 8 % und ein Puffer für Unvorhergesehenes vorgesehen. Infolge dessen, seien die Kosten solide gerechnet und plausibilisiert. Die Ansätze aus den Jahren 2016 und 2018 seien mit

dem damaligen Wissen, ebenfalls solide ermittelt worden. Inzwischen seien auch mehr Arbeitsplätze mit einem um 40 % größeren Bruttonauminhalt geplant. Was die Vorhersehbarkeit zusätzlicher Maßnahmen betreffe würden im Gegensatz zur Wettbewerbsphase, in der jetzigen Planungsphase auch verschiedene konkretisierende Gutachten vorliegen.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt die Einbringung des Grundsatzbeschlusses zur Realisierung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 in Waiblingen zur Kenntnis.



**§ 4.2**

Vergabeentscheidung zu Beratungsleistung "Bedarfsplanung" für den Erweiterungsbau auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10

Drucksache 2021/062

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Kreisrat Kölz bittet darum, dass künftig in der Sitzungsvorlage angegeben werde, wie viele Firmen ein Angebot abgegeben hätten bzw. wie viele gewertet werden konnten.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Vergabe der national ausgeschriebenen Beratungsleistung „Bedarfsplanung“ für den Erweiterungsbau des Landratsamts auf dem Parkdeck am Alten Postplatz 10 an die RBS-Projektmanagement GmbH zum Endangebotspreis in Höhe von 247.713,38 Euro wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 5**Aktuelle Bau- und Sanierungsmaßnahmen des Rems-Murr-Kreises**§ 5.1**Grundsatzbeschluss zur Verortung einer Betriebsküche am Alten Postplatz 10Drucksache 2021/065

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2021/065 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel hebt hervor, dass es zunächst nur darum gehe, einen Beschluss für die Planung einer Küchenerweiterung im Bestandsgebäude einzuholen.

Kreisrätin Kowatsch führt aus, im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2021 sei es darum gegangen, dass eine Einrichtung an zentraler Stelle erfolge, wo regionale und ökologische Speisen angeboten würden. Dies könne auch im Pagodenbau erfolgen.

Kreisrat Mößner beantragt zur Geschäftsordnung den Punkt zu vertagen, da man erst die zugesagte Durchführung einer Umfrage unter den Mitarbeitenden nach dem Bedarf einer solchen Einrichtung erwartet habe. Zudem wolle man die weiteren Unterpunkte ebenfalls vertagen, da noch Beratungsbedarf im Zusammenhang mit dem Neubau am Alten Postplatz bestehe.

Kreisrat Hesky erklärt, seine Fraktion schließe sich einem Vertagungsantrag zum Thema Verortung Betriebsküche an, die Sanierung des Sitzungstraktes solle aber beraten werden.

Der Ausschuss beschließt bei 15 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen auf Antrag von Kreisrat Mößner zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt 5.1 wird auf die Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 21.06.2021 vertagt.

**§ 5.2**Sanierung des Sitzungssaals am Alten Postplatz 10Drucksache 2021/063

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2021/063 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel hebt hervor, es biete sich an, die anstehenden Sanierungen z.B. Brandschutzmaßnahmen, sinnvollerweise im Paket zum jetzigen Zeitpunkt vorzunehmen. Er bitte zu beachten, dass es sich nicht nur um den Sitzungssaal handle, sondern um den gesamten Gebäudetrakt.

Kreisrätin Kowatsch spricht sich dafür aus, den 50 Jahre alten Sitzungssaal zu sanieren wozu Brandschutz, Barrierefreiheit und eine entsprechende technische Ausstattung gehören würden. Infolge dessen spreche sich ihre Fraktion für die Variante 3 aus.

Kreisrat Hesky erklärt, man sei auf dem richtigen Weg, weil der Standort am Alten Postplatz erhalten werden solle. Ein Sitzungssaal an dieser Stelle sei absolut notwendig. Auch die Fraktion der Freien Wähler befürworte die Variante 3.

Kreisrat Holzwarth regt alternativ als Einsparbeitrag für den Neubau am Alten Postplatz an, auf die Sanierung zu verzichten und auch die Ausschusssitzungen im Wanderbetrieb durchzuführen, zumal die Kreisgremien eine begrenzte Anzahl an Sitzungen hätten. Dies wäre ein gutes Signal an die Bevölkerung, den Sparwillen aufzuzeigen.

Kreisrat Kelemen drückt sein Unverständnis für den Vorschlag aus, da der Verwaltung nicht laufend neue Aufträge erteilt werden sollen. Auch die SPD-Fraktion schließe sich für die Umsetzung der Variante 3 aus.

Landrat Dr. Sigel antwortet auf Frage von Kreisrat Härtner nach dem Verbleib des Wandgemäldes, dies hänge auch davon ab, ob der Denkmalschutz berücksichtigt werden müsse. Im Übrigen bitte er zu beachten, dass es sich nur um einen Sitzungssaal für die Ausschüsse und andere Veranstaltungen handle. Bei einem Wanderbetrieb sei ein enormer organisatorischer Aufwand erforderlich und bei einer Verwaltung dieser Größe mache ein Tagungsraum für 50 Personen durchaus Sinn. Bei der Immobilienkonzeption sei auf einen gesonderten Sitzungssaal verzichtet worden.

Kreisrat Sczuka verweist darauf, dass der Vertagungsantrag beim Tagesordnungspunkt 5.1 auch gestellt wurde, da nach Erteilung eines Planungsauftrags kaum mehr eine Umkehr möglich sei. Er erinnere außerdem daran, dass es auch in der Außenstelle Backnang einen Sitzungssaal gebe. Ferner müsse hinterfragt werden, ob es eine Betriebsküche und Kantine in dieser Größe brauche. Eventuell könnten an dieser Stelle auch barrierefreie Sitzungsräumlichkeiten geschaffen werden, ohne einen Aufzug zu benötigen. Es gehe nicht darum, etwas zu verhindern, sondern um eine sinnvolle Umsetzung, zumal es um insgesamt um 10 Mio. Euro gehe, die unter Pandemiebedingungen in Auftrag gegeben werden sollen.

Kreisrat Mößner bekräftigt die Bedenken. Man sei gestartet mit einer Ertüchtigung des Sitzungssaales, wobei er vom Einbau von Medientechnik und einer neuen Lüftung ausgegangen sei. Nun gebe es eine Kostenschätzung von 4 bis 6 Mio. Euro, die nicht im Verhältnis zum Nutzen stehen würde. Es passe nicht in die schwierige Zeit, wenn Andere in Sorge um ihre Zukunft wären.

Landrat Dr. Sigel erwidert, es gehe vorrangig nicht um den Sitzungssaal, sondern um zwingende Maßnahmen wie den Brandschutz oder eine Dachsanierung, die umfangreiche und zwingende Investitionen erfordern. Hinsichtlich der Cafeteria gebe es arbeitsschutzrechtliche Vorgaben für die Bereitstellung von Aufenthaltsräumen.

Kreisrat Hesky hält es für bedenklich, wenn der Kreistag als Gremium nicht einmal mehr eigene Flächen für Ausschusssitzungen zur Verfügung habe, wie alle anderen Kommunen auch. Zudem werde der Sitzungssaal auch für Besprechungen der Kreisverwaltung genutzt. Die Notwendigkeit einer Sanierung stehe außer Frage, auch aus energetischen Gründen.

Kreisrat Klopfer erklärt, für eine funktionsfähige Verwaltung und für einen Kreistag sei es unverzichtbar, einen zeitgemäßen Sitzungssaal zu haben, der in Zukunft auch hybride Formate zulasse. Im Landesvergleich sei der Rems-Murr-Kreis sehr sparsam und er plädiere daher dringend dafür, die Sanierung umzusetzen. Zudem bitte er die demografische Entwicklung zu beachten, weshalb man als Arbeitgeber attraktiv sein müsse bei der Gewinnung von Mitarbeitenden.

Kreisrat Sczuka stellt klar, dass es ihm nicht darum gehe auf einen Sitzungssaal am Alten Postplatz zu verzichten, sondern nicht bereits jetzt den zukünftigen Standort festzulegen.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass der Sitzungssaal in Backnang von der Stadt für ihre Gremien genutzt werde. In Waiblingen müsse auf jeden Fall die Sanierung des Gebäudebestands nach Jahrzehnten erfolgen.

Kreisrat Dr. von Pollern merkt an, es sei unbestritten, dass der Sitzungssaal desolat sei, man bitte aber zu prüfen, ob alle vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Er sehe es positiv und bürgernah, wenn der Kreistag in den 31 Städten und Landkreisen tage.

Kreisrat Holzwarth erklärt, er wolle die Notwendigkeit nicht in Frage stellen, aber es solle im Kontext mit dem Gesamtraumprogramm gesehen werden und vielleicht gebe es noch andere Lösungen. So könnte der derzeitige Sitzungssaal beispielsweise auch für Büros genutzt werden.

Kreisrätin Besa betont, nachdem in der heutigen Sitzung schon mehrmals vom Vertrauen in die Verwaltung gesprochen wurde, sei es für sie nicht nachvollziehbar, warum plötzlich alle Vorschläge in Frage gestellt würden. Barrierefreiheit bedeute keine Luxussanierung, sondern sei heute Standard und es sei von Vorteil, wenn die Räumlichkeiten für andere Sitzungen genutzt werden könnten.

Landrat Dr. Sigel hebt hervor, dass der Sitzungssaal inklusive separatem Eingang städtebaulich sehr gut platziert und an die Infrastruktur angeschlossen sei. So könne dieser vielseitig genutzt werden. Es gehe vorrangig um die Grundsanierung.

Finanzdezernent Schäfer antwortet ergänzend, eine Umnutzung in Büros wäre statisch aufwändig und unverhältnismäßig teuer. Dies wäre auch bei einer Standortverlegung des Saals so.

Der Verwaltungs- Schul- und Kulturausschuss beschließt bei 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

1. Der Sachstandsbericht zur Ertüchtigung des Sitzungssaals am Alten Postplatz 10 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird mit der barrierefreien Ertüchtigung des Sitzungssaals nebst angegliederten Besprechungsräumen (Variante 3) beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss losgelöst von den baulichen Maßnahmen Vorschläge für eine Möblierung des Sitzungssaals zur Auswahl und Entscheidung vorzulegen.

**§ 5.3**

Sachstandsbericht zur Umsetzung von Dusch- und Umkleidemöglichkeiten sowie Fahrradabstellplätzen am Alten Postplatz 10

Drucksache 2021/064

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2021/064 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel antwortet zur Anregung von Kreisrat Throm auf Einrichtung von Gemeinschaftsduschen, dies sei selbst bei der Straßenmeisterei abgelehnt worden. Er antwortet auf Frage von Kreisrat Härtner, dass die Warmwasseraufbereitung über die angrenzende Fernwärmeleitung erfolge. Herr Dr. Sigel erwidert zum Vorschlag von Kreisrat Sczuka nach möglichen Synergien und der Mitnutzung der Duschen bei der Polizeidirektion oder im Hallenbad, dies sei aus Sicherheitsgründen und wegen der Entfernung nicht möglich. Die Anregung von Kreisrätin Dr. Ulfert, weitere WC's einzuplanen, die auch als Umkleidemöglichkeit genutzt werden könnten, werde geprüft.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Erstellung von Dusch- und Umkleidemöglichkeiten sowie Fahrradabstellplätzen am Alten Postplatz 10 zur Kenntnis.



**§ 5.4**Sachstandsbericht zum Verwaltungsneubau in der RötestraßeDrucksache 2021/066

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Finanzdezernent Schäfer erläutert die Drucksache 2021/066 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Verwaltungsneubau in der Rötestraße zur Kenntnis.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 6**Weiterentwicklung des Schullandheims Mönchhof zur WaldakademieDrucksache 2021/077

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und berichtet einleitend, dass heute eine weitere Förderzusage des Landes im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum eingegangen sei. Vom dreistufigen Konzept für den Mönchhof gehe es heute um die erste Stufe für Schülerinnen und Schüler. Ihm sei auch immer wichtig gewesen, das Konzept losgelöst vom Kreishaushalt nach vorne zu bringen. Die Stiftung der Kreissparkasse unterstütze dies großzügig mit 200.000 Euro.

Der Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, Herr Wahl, erläutert die Drucksache 2021/066 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Kowatsch begrüßt, dass zunächst auf Wunsch ihrer Fraktion nur die Stufe eins verfolgt und die Priorität auf Kinder und Jugendliche gesetzt werde. Positiv gesehen werde auch, dass die Schwerpunkte auch hier Barrierefreiheit sowie Natur und Kultur seien. Erfreulich sei zudem, dass der finanzielle Teil durch Drittmittel abgesichert sei.

Kreisrat Mößner erklärt, auch die CDU-Fraktion habe darum gebeten, die Phasen 2 und 3 zurückzustellen, weswegen man die Umsetzung der Phase 1 unterstützen könne. Er bitte noch um Ausführungen zum Akademiebetrieb und zu Folgekosten.

Kreisrat Lenk betont, dass er die Waldakademie für ein äußerst sinnvolles Projekt halte, da heutzutage viele Kinder naturfern aufwachsen würden. Auch für das Schullandheim müsse die Entscheidung getroffen werden, dieses nicht weiter zu betreiben, oder zu ertüchtigen.

Landrat Dr. Sigel antwortet, es darum das Thema Schullandheim mit der Waldakademie verknüpfen z.B. mit der Forstpädagogik oder den Naturparkführern. Hier komme es auch auf das Marketing an und man wolle die Natur zum Erlebnis machen, um so die Auslastung zu verbessern. Im neuen

Bereich der Kultur solle eine Verzahnung über das Projekt Freiräume erfolgen. Mit Mehrkosten werde nicht gerechnet.

Herr Wahl antwortet ergänzend zur Barrierefreiheit, in Zukunft gebe es entsprechende Übernachtungsmöglichkeiten und Sanitäranlagen sowie Wegführungen.

Kreisrätin Kowatsch bittet dafür zu sorgen, dass nicht nur die technischen Voraussetzungen geschaffen würden, sondern dies auch beim Nutzungskonzept und Programm für Wald und Kultur Berücksichtigung finde.

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, dass bereits inklusive Veranstaltungen stattfinden würden und der Behindertenbeauftragte des Kreises sich sehr engagiert einbringe.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Weiterentwicklung des Schullandheims Mönchhof zu einer Waldakademie im Sinne der Phase 1 der Konzeption wird zugestimmt.

Auszüge:

Dezernat 5

Amt für Schulen, Bildung und Kultur

Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 7**Gründung einer Gesellschaft für ein Medizinisches Versorgungszentrum im Rems-Murr-KreisDrucksache 2021/068

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. der Gründung der Rems-Murr-Kliniken MVZ gGmbH als vorbereitende Maßnahme zur inhaltlichen Ausarbeitung eines Medizinischen Versorgungszentrums als 100%ige Tochtergesellschaft der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zuzustimmen.
2. die Kenntnisnahme des Gesellschaftsvertrags der Rems-Murr-Kliniken MVZ gGmbH.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 8**

Erhöhung der Beteiligung der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH an der RMHV, Rems-Murr-Hauservice Verwaltungsgesellschaft mbH und der RMHS, Rems-Murr-Hauservice GmbH & Co.

KG

Drucksache 2021/067

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Beschlussempfehlung des Ausschusses an den Kreistag:

Der vom Aufsichtsrat der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH empfohlenen Aufstockung der Beteiligungen an der

- Rems-Murr-Hauservice Verwaltungsgesellschaft mbH (Komplementär-GmbH) und
- Rems-Murr-Hauservice GmbH & Co. KG (operative Kommanditgesellschaft)

von jeweils 14,3 % auf 20 % wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 9**Programm des Rems-Murr-Kreises für bezahlbaren Wohnraum**§ 9.1**Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die Kreisbaugesellschaft zum Bau von 40 öffentlich geförderten WohnungenDrucksache 2021/027

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rems-Murr-Kreis übernimmt zu Gunsten der Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 7,328 Mio. Euro (max. 80% der voraussichtlichen Anschaffungskosten gemäß § 255 Absatz 1 HGB) zur Finanzierung von 40 Mietwohnungen in der Alfred-Leikam-Straße in Waiblingen. Die Avalprovision beträgt jährlich nachschüssig 0,3 % auf das jeweils zum Ende des Kalenderjahres noch verbürgte Kreditvolumen.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 13. Juli 2020 (Drucksache 2020/076/1) zur laufenden Nummer 2 wird insoweit abgeändert.

**§ 9.2**

Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die Kreditaufnahmen der Rems-Murr-Kliniken gGmbH aus dem Wirtschaftsplan 2021

Drucksache 2021/059

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 3.840.000 Euro und am Standort Winnenden mit 8.727.000 Euro im Jahre 2021 wird zugestimmt.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 14. Dezember 2020 (Drucksache 2020/032) zur laufenden Nummer 7 wird insoweit abgeändert.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 10**Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen Kassenkredit der Energieagentur Rems-Murr gGmbH  
Drucksache 2021/024

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Rems-Murr-Kreis übernimmt zu Gunsten der Energieagentur Rems-Murr gGmbH eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 40.000 Euro für einen Kassenkredit in Höhe von 100.000 Euro zur Sicherstellung der Liquidität. Die Avalprovision beträgt jährlich nachschüssig 0,5% auf die gestellte Bürgschaftssumme.

Auszüge:

Amt für Finanzen

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Umweltschutzamt



**§ 11**

eGovernment in der Landkreisverwaltung - Statusbericht und Beschlussfassung zur europaweiten Ausschreibung der Scan-Dienstleistung  
Drucksache 2021/034

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Digitalisierungsstrategie zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Scandienstleistungen des Landratsamtes europaweit auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter unter Einhaltung der bestehenden Vergabekriterien zu vergeben.

Auszüge:

Haupt- und Personalamt

**§ 12**Bildung von Haushaltsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2020Drucksache 2021/070

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bildung der in der Drucksache 2021/070 unter Abschnitt 2. genannten Haushaltsübertragungen wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für Finanzen

**§ 13**Änderungen in der Besetzung des JugendhilfeausschussesDrucksache 2021/075

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig:

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Der Jugendhilfeausschuss wird mit Frau Katja Krüger als Nachfolgerin für Frau Annette Schanbacher als ordentliches beratendes Mitglied und mit Herrn Hans-Jürgen Landgraf als Nachfolger für Herrn Helmut Sailer als stellvertretendes beratendes Mitglied neu gebildet.

Auszüge:

Kreistagsgeschäftsstelle

**§ 14**SpendenberichtDrucksache 2021/026

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 2021/026 aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

Auszüge:

Amt für Finanzen

**§ 15**Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel berichtet, dass die Corona-Inzidenz weiter unter 50 liege und der Einzelhandel in dieser Woche geöffnet bleiben könne. Er habe aber soeben die Nachricht erhalten, dass die Impfung mit dem AstraZeneca-Impfstoff ausgesetzt worden sei. Wie hier mit der Zweitimpfung weiter verfahren werde, sei noch nicht geklärt.
2. Kreisrätin Kowatsch bittet die Verwaltung zu klären, aus welchem Grund in den Rems-Murr-Kliniken für ambulante Behandlungen künftig keine Corona-Schnelltests mehr durchgeführt werden müssen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert